

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Heimut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telex: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Horst Niggemeier MdB warnt davor, den Jahrhundertvertrag zur Disposition zu stellen: Wo ist Ihre Glaubwürdigkeit, Herr Bundeskanzler?
Seite 1

Karl-Heinz Müller MdL antwortet auf die Streibl-Angriffe auf die Beratungsstellen: CSU will Zweiklassen-Recht für Frauen.
Seite 3

Dokumentation:

Dr. Jürgen Schmude MdB hielt unter dem Titel „Einheit und Freiheit vollenden - Keine Chance für die Einheit?“ ein Referat in der Gesprächsreihe „40 Jahre Grundgesetz“ der Friedrich-Ebert-Stiftung. Wir dokumentieren den Vortrag in zwei Teilen (Teil II und Schluß).
Seite 4

44. Jahrgang / 38

23. Februar 1989

Wo ist Ihre Glaubwürdigkeit, Herr Bundeskanzler?

Der Jahrhundertvertrag darf nicht zur Disposition gestellt werden

Von Horst Niggemeier MdB

In den Kohlrevieren wächst die Unruhe unter den Bergleuten. Die jüngsten Schlagzeilen von den drohenden Massenentlassungen in den neunziger Jahren, die auf ein vertrauliches Papier von Bundeswirtschaftsminister Haussmann zurückgehen, zeigen erste Wirkungen. Auf mehreren Schachtanlagen haben noch vor der Seilfahrt nach untertage Protestversammlungen stattgefunden. Die Belegschaft des Bergwerks Friedrich-Heinrich in Kamp-Lintfort weigerte sich nach der Lageschilderung durch den Betriebsrat, die Arbeit aufzunehmen. Die Stimmung auf den Zechen ist von latenter Explosivität.

Das kann nicht überraschen, denn die Bergleute fühlen sich von der Bundesregierung über den Tisch gezogen. Für dieses unguete Gefühl der Bergleute gibt es gute Gründe:

In der sogenannten Bonner Kohlerunde im Dezember 1987 war die Stilllegung von 13 bis 15 Millionen Tonnen Förderkapazität mit dem einhergehenden Abbau von rund 30.000 Arbeitsplätzen zwischen allen Beteiligten - also auch der IG Bergbau und Energie - unter der Voraussetzung verabredet worden, daß die im Jahr-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Leinwand-Linung
aus dem alten Rohstoff
Recycling-Papier



hundertvertrag festgelegte Verstromungsmenge (Mengengerüst) bis 1995 gesichert wird. Auf diese Verabredung konnten die Bergleute sich umso mehr verlassen, als die Bundesregierung in ihrem im September 1986 vorgelegten „Energiebericht“ bis zum Jahr 2000 einen Kohlebedarf von 95 Millionen Tonnen Steinkohle vorausgeschätzt hatte - 20 Millionen Tonnen mehr, als heutzutage in der Bundesrepublik gefördert wird. Aber auch die vielfältigen Zusagen des Bundeskanzlers an die Adresse der Bergleute mußten Zuversicht darüber erwecken, daß zukünftig Schluß ist mit dem Zechensterben.

Wenn inzwischen in den Kohlerevieren der bitterböse Vorwurf umgeht, daß der Bundeskanzler von seinen Mitregierenden in Bonn und in den revierfernen Bundesländern in den Wortbruch getrieben wird, dann sollte dies als ein dramatisches Warnsignal begriffen werden. Da steht jetzt die Glaubwürdigkeit der Politik (und nicht nur der des Bundeskanzlers allein!) auf dem Spiel.

Daß die Bergleute auch den jetzigen Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann beim Wort nehmen, kann nicht überraschen, denn sie erinnern sich an seine Worte, die er als FDP-Generalsekretär auf dem IGBE-Kongreß am 26. November 1984 an die Adresse der Kumpels gerichtet hat:

„Gefahren für Ihre Arbeitsplätze und für Ihre Zukunft und für Ihre Familien werden nicht von Koalitionen ausgehen, denen Freie Demokraten angehören.“

Dafür bekam der FDP-General den Beifall der Bergleute. Jetzt kann Helmut Haussmann als Bundeswirtschaftsminister den Bergleuten beweisen, daß es keine wohlfeile Sonntagsrede war, die er vor den Bergarbeiter-Delegierten gehalten hat. Da zählt auch nicht der Hinweis, daß sich der internationale Energiemarkt im Hinblick auf sinkende Preise und steigendes Mengenangebot verändert hat; genau für diesen „Ernstfall“ ist ja seinerzeit der Verstromungsvertrag für die deutsche Steinkohle entwickelt worden. Diesen Vertrag gilt es jetzt einzuhalten. Das leichtfertige Herumdoktern an diesem „Jahrhundertvertrag“ ist es, das die Unruhe und Verunsicherung in den Kohlerevieren hervorruft und auch letztlich die langfristige Sicherheit unserer Stromversorgung gefährdet.

(-/23.2.1989/vo-he/st)

* * *

CSU will Zweiklassen-Recht für Frauen

Zu den Streibl-Angriffen auf die Beratungsstellen

Von Karl-Heinz Müller MdL

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Als reines Wahlkampfmanöver, das emotionalisieren und polarisieren soll, ist der Rundumschlag von Ministerpräsident Streibl in Sachen § 218 zu bewerten, dem die CSU auch noch einstimmig gefolgt ist. Mit solchen Aktionen wird keine einzige unerwünschte Schwangerschaft verhindert, dafür aber wieder ein Zweiklassen-Recht für Frauen geschaffen. Wer es sich leisten kann, läßt sich außerhalb des Freistaates beraten und möglicherweise einen Abbruch vornehmen. Wer kein Geld dafür hat, wird in einen Schattenbereich abgedrängt, der nicht zuletzt Gesundheit und Leben der Frauen bedroht.

Der kleine CSU-Parteitag hatte am Wochenende einstimmig begrüßt, daß die Staatsregierung die Chancen einer Verfassungsklage gegen die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen sowie gegen den „Mißbrauch der sozialen Indikation“ prüfen lassen will. Es gibt indessen keinen sachlichen Grund, das Thema wieder aufzugreifen. Die Drohgebärden des Herrn Streibl sind der klassische Griff in die Wahlkampf-Mottenkiste, um ein bereits ausgereiztes Thema hervorzuholen, das auch vor den höchsten Gerichten keinen Bestand hatte. Um des billigen Effektes willen, wieder in die Schlagzeilen zu kommen, vergiftet die CSU das Klima in Bayern und macht eine umfassende und wichtige Arbeit der Beratungsstellen fast unmöglich.

Durch die Attacke des Ministerpräsidenten offenbart sich auch ein fundamentales Mißtrauen von CSU und Staatsregierung gegenüber der Arbeit der bayerischen Beratungsstellen, die in ihrer großen Mehrzahl in konfessionellen oder staatlichen Händen sind. Mit seinen unqualifizierten Äußerungen stellt der Ministerpräsident die Arbeit der Beratungsstellen grundsätzlich in Frage. In einem so vergifteten Klima wird es für die Berater sehr schwierig, vorurteilsfrei zu arbeiten. Damit profiliert sich die CSU zu Lasten von Frauen in Problemsituationen.

Der Kampf der CSU geht an der Problematik unerwünschter Schwangerschaften völlig vorbei: Die CSU und ihre Staatsregierung verweigern sich einer wirklich offenen sexuellen Aufklärung im jugendlichen Alter. Sie haben dieses Thema in den Schulen weitgehend tabuisiert. Weiter: Die finanziellen Hilfen, mit denen Frauen in größter Not die Abtreibung ausgeredet werden soll, sind so wenig wirksam, daß die meisten Frauen innerhalb kürzester Zeit allein und mittellos dastehen.

Auch in Bayern muß es möglich sein, daß schwangere Frauen in Not - frei von Schuldvorwürfen und moralischer Diskriminierung - beraten werden. Die Lösung des Konflikts muß gemeinsam von Beratern und Betroffenen gesucht werden, ohne daß der Oberzensor eingreift. Diese Arbeit wird jetzt ungleich schwieriger, weil das Klima nicht mehr stimmt. Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag wird die Mitarbeiterinnen der Beratungsstellen zu einer Anhörung einladen. Die tägliche Beratungspraxis sieht erheblich anders aus als ein auf Populismus bedachter CSU-Parteitag wahrhaben will.

(-/23.2.1989/vo-he/st)

* * *

DOKUMENTATION

Dr. Jürgen Schmude: Keine Chance für die Einheit

(Teil II und Schluß)

Dr. Jürgen Schmude MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen hielt unter dem Titel „Einheit und Freiheit vollenden - Keine Chance für die Einheit?“ ein Referat in der Gesprächsreihe „40 Jahre Grundgesetz“ der Friedrich-Ebert-Stiftung. Wir dokumentieren den Vortrag in zwei Teilen.

Noch heftiger war im Mai 1985 der Streit um meinen Vorschlag, die Präambel in Richtung auch einer zweistaatlichen Lösung in Deutschland zu interpretieren und erforderlichenfalls in diesem Sinne zu überprüfen. Da war taktischer Parteikampf im Spiel, bei vielen aber auch Betroffenheit, die aus ihrem Verständnis solcher Äußerungen zu erklären ist. Ein aufschlußreicher kritischer Vorhalt lautet wörtlich: „Ich halte Ihren Vorstoß für falsch und schädlich. Denn er wird von vielen, die sich der Verantwortung für die Deutschen im anderen Staat sowieso entziehen wollen, als Signal verstanden, diese Menschen aufzugeben. Ich weiß, daß Sie selbst das nicht wollen, sondern sich gerade für das Gegenteil einsetzen. Aber Sie werden so verstanden.“

Ganz klar geht es da um die Funktion der Wiedervereinigungsidee als angeblich notwendigem Zielpunkt eines Bemühens, Verantwortung über die deutsch-deutsche Grenze hinweg wahrzunehmen. Und wer, nach diesem Verständnis, den Zielpunkt in Frage stellt, gibt auch die Verantwortung, gibt die Menschen, gibt den Zusammenhalt der Nation auf.

Das ist anscheinend ein verbreitetes Verständnis, obwohl doch die eben genannten Zweifler an der Wiedervereinigung mit ihrem ganzen Wirken für eine Politik des Festhaltens, der Verstärkung der Verbindungen und der Bestätigung der Zusammengehörigkeit stehen. Egon Bahr und Willy Brandt haben die Deutschlandpolitik der tatsächlichen Stärkung der einheitlichen Nation entwickelt und durchgesetzt. Noch in seiner Tutzingener Rede vom November 1988, in der er eine Notwendigkeit des Bestandes der deutschen Teilung erwägt, bekräftigt Egon Bahr die vielfältigen Aufgaben, die die Deutschen im Verhältnis zueinander und gemeinsam für andere zu erfüllen haben. Und er sagt, wenn er Mecklenburg, Thüringen oder Dresden besuche, „so geht mir das Herz auf. Das ist mein Land und es kann niemals Ausland werden.“ Für das Gegenteil von Aufgeben und Lassen steht auch Manfred Stolpe, der in seiner Rede mit der Absage an die Wiedervereinigung die bestehenden Gemeinsamkeiten betont und ihre Nutzung befürwortet.

Diese Männer brauchen offensichtlich nicht die Orientierung an einer Wiedervereinigung, um den Zusammenhalt der Deutschen in ihrer Nation zu pflegen und zu fördern. Ist für andere dieser Zielpunkt unverzichtbar, obwohl auch sie Zweifel nicht unterdrücken können? Rolf Schneider, Schriftsteller aus der DDR, schreibt im November 1988 im „Spiegel“, er sehe derzeit keine reale Chance und halte doch an der Forderung nach dem einheitlichen deutschen Nationalstaat fest, „auch wenn ich weiß“, wie er sagt, „daß sie insgesamt nichts anderes darstellt als eine matte und vorwiegend poesiehaltige Utopie“.

In dieser Utopie sieht er das Schicksal der Deutschen gleichwohl nicht schlecht aufgehoben. Man wird auf die Mängel dieser Utopie hinweisen dürfen. Worauf liegt es denn wohl, daß deutschlandpolitische Deklamationen alten Stils auf so viel Geringschätzung und Unglauben in unserer Bevölkerung und mehr noch in der DDR stoßen? Haben wir nicht den Zynismus zu fürchten, mit dem das Auseinanderfallen von Reden und Handeln immer stärker empfunden und allmählich achtlos hingenommen wird? Glaubt jemand, mit einer schwärenden offenen Wunde, auch das ein beliebter Begriff, für deren Heilung keine Aussicht besteht, auf Dauer Aufmerksamkeit und Anteilnahme für das politische Anliegen zu finden? Ich sehe vielmehr die Gefahr, daß die ganze Deutschlandpolitik diskreditiert wird, auch in jenen wichtigen Teilen, mit denen realistisch und erfolgreich die Aufgaben der Gegenwart erfüllt werden. Und ich fürchte, daß ein Streben nach staatlicher Wiedervereinigung im Ausland angesichts seines Mangels an Glaubhaftigkeit nicht mehr lange als Begründung für unser Verlangen taugen wird, auf deutsch-deutsche Belange, etwa in der EG, Rücksicht zu nehmen.

Manche ziehen daraus die Folgerung, die Wiedervereinigung für erledigt zu erklären und entsprechende Feststellungen von der offiziellen Politik zu fordern. Dazu aber sollten wir die Nachteile eines förmlichen Verzichts auf die Wiedervereinigung bedenken. Er würde nicht nur für die absehbare Entwicklung gelten. Auch dem Unabsehbaren, das vielleicht doch einmal eine Chance für die Erfüllung des Wunschtraums der meisten von uns bringen könnte, würde vorgegriffen. Das Selbstbestimmungsrecht würde im voraus rechtlich festgelegt. Ob man uns unter solchen Umständen einen Verzicht glauben würde, ob wir mit ihm für die Deutschen etwas erlösen könnten, wäre zweifelhaft. Somit spricht viel dafür, sich auf die Wiedervereinigung weder festzuliegen, noch sie auszuschließen, sondern dieses Thema von der aktuellen Politik zu trennen.

Allerdings hat für viele Menschen das Streben nach Wiedervereinigung immer noch jene schon erwähnte Funktion, die tagtäglich in sehr sinnvollen politischen Handlungen und Bemühungen wirksam werden soll. Brauchen wir aber dazu die Idee der Wiedervereinigung, ist sie in dieser Funktion überhaupt tauglich?

Die Erfahrungen der 40 Jahre und die heute absehbaren Aussichten ermöglichen realistischere Zielvorgaben. Gegenwärtig sinnvolle Anstrengungen und Opfer müssen nicht von Wunschträumen geleitet werden, deren Erfüllung wie eine Fata Morgana um so weiter zurückzuweichen scheint, je mehr die praktische Politik vorankommt.

Auch die Präambel weist jene Offenheit auf, die wir an unserem Grundgesetz mit Recht rühmen. Und doch zeigen sich in der Formulierung des Einheitsgebotes die Auffassungen und Erwartungen des Jahres 1949. Niemand mußte damals mit 40 Jahren der Teilung rechnen, an deren Ende immer noch keine Annäherung an die staatliche Einheit steht. Selbstverständlich war damals die Überzeugung vom unabdingbar gebotenen Zusammenhalt der Deutschen mit der Vorstellung verbunden, das müsse und werde alsbald in einem einheitlichen Staat geschehen. Es gab ja keinen Anlaß, sich darauf einzustellen, daß Zusammenhalt und Zusammengehörigkeit auf unabsehbare Zeit in der Teilung erhalten werden müßten.

40 Jahre später haben wir die Erfahrungen, die der Grundgesetzgeber in sein Werk nicht einbringen konnte. Es ist nicht nur die bittere Einsicht, daß sich die Teilung als dauerhaft erwiesen hat. Es ist auch die Befriedigung darüber, daß es trotz der Teilung gelungen ist, deutsche Menschen wieder zusammenzuführen und ihr Empfinden der Zusammengehörigkeit durch ein lebendiges Geflecht von Beziehungen zu stärken. Eine Chance ist damit gefunden und genutzt worden, die man sich vor 40 Jahren weder vorstellen konnte noch mußte.

Sie könnte und sollte auch zur Chance werden, uns bei der Orientierung unserer Deutschlandpolitik auf Zielvorstellungen und Antriebskräfte zu stützen, die ihren Platz in der begreifbaren Wirklichkeit haben und absehbare Erfolgsaussichten bieten.

Wenn wir es in der Bundesrepublik nahezu einhellig ablehnen, die DDR als Ausland zu betrachten und zu behandeln, wenn wir den Deutschen aus der DDR nicht den Ausländerstatus zuweisen, sondern ihnen, wenn sie es wollen, die volle Gleichstellung mit uns gewährleisten, so sind das nicht Rechtskonstruktionen, die man ohne weiteres aus der Vergangenheit übernommen hat. In diesen Besonderheiten kommt vielmehr eine Realität von großer menschlicher und politischer Kraft zum Ausdruck: das starke Empfinden, daß diese Deutschen und dieses Deutschland nicht fremd für uns sind und daß sie auch nicht Fremde werden dürfen. Es ist unser Selbstverständnis, Bestandteil unserer Identität, daß sie in einer besonderen Verbundenheit zu uns gehören, die mit noch so freundschaftlichen Beziehungen zu Angehörigen anderer Völker nicht vergleichbar ist.

Diese deutsche Identität ist bei uns mit gutem Grund seit Jahren Gegenstand vertiefender Besinnung und Vergewisserung. Es fehlt ja auch nicht an einzelnen Stimmen, die an solchem Identitätsempfinden zweifeln und statt dessen zum Beispiel ihre besonderen gefühlsmäßigen Bindungen an bestimmte westeuropäische Länder betonen. Viel besagt das nicht, denn zumeist stellt sich bei Nachfrage heraus, daß die behauptete Distanziertheit nicht nur den Sachsen oder Mecklenburgern gilt, sondern auch den Bayern oder Schleswig-Holsteinern.

Für die große Mehrheit der Menschen, bei uns und in der DDR, haben demgegenüber gemeinsame Geschichte, gemeinsame Kultur und gemeinsame Sprache die ausschlaggebend prägende Kraft für ihr Selbstverständnis als Angehörige eines deutschen Volkes. Und dabei geht es nicht nur um Auswirkungen einer gemeinsamen Vergangenheit. Bestärkt und bestätigt wird dieses Selbstverständnis

auch durch vielfältiges neues Erleben der besonderen Verbundenheit in der Begegnung mit Menschen, Landschaft, kulturellen Darbietungen, aber auch im Produzieren und Wirtschaften.

Großes Gewicht hat in dieser Beziehung der gemeinsame Glaube. Für den evangelischen Bereich haben die Kirchen in beiden deutschen Staaten vor 20 Jahren organisatorisch ihre Trennung vollzogen, gleichzeitig aber die „besondere Gemeinschaft der Christenheit in ganz Deutschland“ in ihren Grundordnungen bekräftigt. Diese Gemeinschaft ist Lebenswirklichkeit: in zahllosen Partnerschaftsbegegnungen von Gemeinden, in gemeinsamen Gottesdiensten, Feiern, Konferenzen, in gemeinsamer theologischer Arbeit und wechselseitiger Hilfe. Von organisatorischer Wiedervereinigung der Kirchen redet da niemand mehr. An der immer engeren Verdichtung ihrer tatsächlichen, kirchlichen Gemeinschaft aber wird ausdauernd gearbeitet.

Das Empfinden der besonderen Zusammengehörigkeit in einer Nation strebt nach Ausweitung und Verdichtung der über die deutsch-deutsche Grenze hinwegreichenden Beziehungen. Nicht um die Beseitigung dieser Grenze geht es dabei, sondern um die Veränderung ihrer Qualität. Das Verlangen nach Belebung und Stärkung der Zusammengehörigkeit der Deutschen und das Glücksgefühl über das Gelingen der vielen Schritte, die auf diesem Weg schon gemacht werden konnten, das sind Kräfte, die die Deutschlandpolitik wahrhaft tragen und ihr auch ihre Ziele vorgeben. Darin liegt die unaufgebbare politische Lebenswirklichkeit, deren Beachtung wir von unseren Partnern vor allem im westlichen Bündnis fordern müssen und die sich auch bei einem engeren Zusammenrücken Westeuropas in unangetasteten besonderen, - zum Beispiel wirtschaftlichen, - Beziehungen der Bundesrepublik zur DDR ausweisen muß.

Wir wissen, daß wir mit unserer Deutschlandpolitik immer wieder vor Schwierigkeiten stehen. Sie nötigen uns zu verstärkten Anstrengungen und auch zu Vorgehensweisen, die früher mehr als umstritten gewesen wären. Dabei denke ich zum Beispiel an wirtschaftlich relevante Leistungen der Bundesrepublik und weitere Überlegungen dazu. Aber auch das gehört dazu, wenn wirklich Verantwortung füreinander wahrgenommen werden soll. Wir sind nicht am Ende mit dieser Politik, es erschließen sich ihr vielmehr immer neue Aufgaben und Möglichkeiten.

Diese sollten wir auch suchen, entwickeln und gebrauchen, wo es um die Dienste geht, die beide deutsche Staaten in ihrer besonderen Lage und Verbundenheit anderen leisten können. Daß zwischen Ost und West eine Brückenfunktion wahrgenommen werden kann, daß die Förderung friedenssichernder Entwicklungen gemeinsam und doch in zuverlässiger Mitgliedschaft in den jeweiligen Bündnissen erfolgen kann, mag stichwortartig für die Kennzeichnung solcher internationaler Aufgaben genügen.

Ich höre schon den verdrossenen Einwand, das alles rieche nach Ersatz. Martin Walser hat es im letzten Herbst so ausgedrückt. Wenn aber die angebliche Hauptsache ihre Kraft verliert, wenn Enttäuschungen und Irritation statt Ermutigung von ihr ausgeht, dann ist es unvernünftig und vielleicht auch hochmütige Verliebtheit in das Unerreichbare, längst in der Wirklichkeit bewährte Kräfte und Ziele als Ersatz abzuqualifizieren. Sie sind es doch, von denen die inzwischen auf breitesten Konsens gestützte Deutschlandpolitik seit 1970 lebt. Wir müssen uns dessen nur bewußt werden, diese politische Wirklichkeit aussprechen und uns auf ihre Gestaltung konzentrieren. Den Streit um die Wiedervereinigung dürfen wir dabei getrost in jene Zeit verschieben, in der es um ernsthafte Möglichkeiten zu streiten gilt. Absehbar ist das nicht.

Keine Chance für die Einheit? Im Sinne einer staatlichen Wiedervereinigung ist sie heute nicht zu entdecken. Im Sinne einer die Grenze überschreitenden besonderen Zusammengehörigkeit ist sie teilweise schon erreicht. Eine Zusammenstellung aller seit 1970 erzielten Fortschritte und Verbesserungen gibt ein eindrucksvolles Bild davon, wie weit wir nach der voraufgehenden verschärften Trennung beider Teile Deutschlands bereits gekommen sind. Diese Einheit in der Teilung ist ausbaufähig. Sie hat Zukunft. In ihr liegen unsere Chancen.

(-/23.2.1989/vo-he/st)